

Saale-Beitung.

Strombürgerlicher Jahrgang.

werden die Gekosteten Solanzenle oder deren Stamm mit 20 Pfg. (solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und im untern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekamen die Zeit 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandbühnenstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei vorzeitiger Anstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., unecht. Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Bezugs-Verzeichnis unter „Saale-Beitung“ eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung: „Saale-Beitung“ gestattet. Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Annoncen-Abteilung Nr. 1133.

Nr. 584.

Halle a. S., Mittwoch, den 14. Dezember.

1910.

Falsche Rezepte.

11. Reichstanzler v. Bethmann Hollweg will seine Vorschläge für Usnahmemaße gegen die Sozialdemokratie machen. Aber er hat durchsichtigen lassen, daß er für eine scharfe Handhabung und eine Verschärfung geltender Gesetze nach den Rezepten der „Kreuzzeitung“ haben ist. Von fortschrittlicher Seite ist im Reichstag sofort auf die Gefahr eines solchen Vorgehens hingewiesen und mit aller Bestimmtheit ausgesprochen worden, daß die Sozialdemokratie wirksam nur bekämpft werden kann, wenn der reaktionäre Kurs geändert und eine volksfreundliche freisinnige Richtung in Gesetzgebung und Verwaltung eingeschlagen wird.

In Wahrheit ist die mächtigste Förderin der Sozialdemokratie in Deutschland wie anderwärts die politische und wirtschaftliche Reaktion. Bliden wir zurück auf die wirtschaftliche und politische Geschichte des Deutschen Reiches, so wird man finden, daß die in den letzten dreißig Jahren, den Jahren der rapiden Aufwärtsentwicklung der Sozialdemokratie, herrschende Reaktion alles getan hat, was sie nur tun konnte, um die Erbitterung in den Massen aufzufachen und ihren Agitatoren die schärfsten und besten Waffen in die Hand zu geben. Seit Jahrzehnten ist im Reiche und in Preußen in einer Weise regiert worden, als komme es nur darauf an, immer neue Erbitterung in die Massen hineinzutragen. Dabei ist es der Reaktion und der von ihr getragenen Regierung wiederholt gelungen, in den Massen der Sozialdemokratie Einigkeit und Zusammenhalt im höchsten Maße herzustellen. Wir wollen dabei die ältere Epoche ganz außer acht lassen, obwohl auch die Zeit des Sozialistengesetzes und des Aufkommens der hohen Schutzpolizei sehr interessant ist. Wir wollen nur den Zeitraum seit dem Fall des Sozialistengesetzes ins Auge fassen.

Es war im Jahre 1893, als Graf Eulenburg als Minister des Innern jenen bekannten Erlaß an die Oberpräsidenten ausfertigte, in dem zu einer Unterdrückung der Sozialdemokratie durch Polizei und Gerichte aufgefordert wurde. Ein Aufschrei berechtigter Empörung war die Antwort und eine Futwelle politischer Hebergriffe und gerichtlicher Urteile, die nicht mit Unrecht in das Kapitel der „Klassenjustiz“ gebracht werden konnten, war die Folge. 1894 auf dem Parteitag in Frankfurt war die sozialdemokratische Partei in sich herzlich einig. Die Vagern hatten in ihrer Kammer für den Etat gestimmt, Bebel wollte das für die Zukunft verdienen, Volkmar lastete ihn aus, und Bebel schleuderte ihm das Wort entgegen: „Wer unsere Prinzipien nicht versteht, der mag fernbleiben.“

Der Janz war groß, es begann die Scheidung der Reichslisten und der Marxisten. Da kam noch in demselben Jahr die stehevolle Regierung mit der Umstrukturierung, und sofort war der Friede im sozialdemokratischen Lager wieder hergestellt. 1895 auf dem Parteitage in Breslau erkannte die Sozialdemokratie die Grenze ihrer Macht, ihr Agrarprogramm kam nicht zustande. Aber der Kaiser hatte kurz vorher in Königsberg die Rede von den waterlandslosen Gesellen gehalten. Liebsteht kritisierte diese Rede in Breslau. Sechs Monate Gefängnis mit Hilfe des dolus eventualis war sein Lohn, und die Sozialdemokratie konnte wiederum mit diesem Grund agitatorische Organe feiern. 1896 ging es auf dem Parteitag in Siebenleben hoch her, die „Vorwärts“-Frage wurde brennend, die Gewerkschaftsfrage trieb ebenfalls einen Keil in die Geschlossenheit der Partei und in der Presse herrschte wiederum tobendes Gerede. Da kam der Prozeß Ledert-Lühow, und in dem die politische Polizei so heillos bloßgestellt wurde, und im Anfang des nächsten Jahres trief der Kaiser auf die Umstrukturierung zurück, verkündete, daß er den „Amtsurz aussetzen werde, wie die Zeit.“ Die Antwort gaben die Wahlen desselben Jahres an dem Tage, an welchem der Kaiser vor „sein Jahren die Regierung angetreten hatte. Die Zahl der sozialdemokratischen Mandate wuchs von 44 auf 56.

Im Jahre 1898 kam die Denkhäuser Kaiserrede einerseits und der harte Zusammenstoß von Reichslisten und Marxisten auf dem Stuttgarter Parteitage andererseits. 1899 das fürstliche Sötkauer Zuchtshausurteil und die Beratung und Ablehnung der Zuchtshausvorlage im Reichstage mit all ihren agitatorischen Maßnahmen. Auf dem Parteitage in Hannover: Scherwengericht über Bernstein, Schippel und Cator; dafür 1900 die Ley-Heine, die die bürgerlichen Freipreisparteien mit der Sozialdemokratie in der Obstruktion zusammenführte. 1901 Parteitag in Lübeck: Wahrungsbekämpfung. Bebel legt den Beschluß durch, daß die Etats in den Einzelparagrafen abzulehnen sind. Dafür 1902 der Alfforsenparagraf zugunsten der „besten Familien“ und der Sozialität mit seiner ungeheuren agitatorischen Begünstigung der Sozialdemokraten. Die Wirkungen dieser Zollgesetzgebung kamen zum vollen Ausdruck bei den Wahlen im Jahre 1903, bei denen die Sozialdemokratie von 56 auf 81 Mandate emporschnellte. Bei den Wahlen von 1907,

die zum erstenmal seit 30 Jahren keine antiliberalen Färbung trugen, schmolz die Sozialdemokratie auf die Hälfte ihrer Mandate zusammen. Als die reaktionäre schwarz-blaue Mehrheit aus Ruder kam, stieg sofort wieder die rote Flut bis auf den heutigen Tag. Auch der leitende Staatsmann sollte aus der Geschichte lernen: falsche Rezepte nichts gegen die Sozialdemokratie — helfen kann nur eine gründliche Umkehr von falscher Politik.

Der „Vorwärts“ über die Reichskanzler-Erklärungen.

Zu den gestrigen Erklärungen des Reichstanzlers von Bethmann Hollweg im Reichstag über die Vorgänge in Moabit schreibt der „Vorwärts“:

Wenn Herr von Bethmann Hollweg glaubt, seinen politischen Ruf dadurch heben zu können, daß er mit dem Eigenen eines gekochten Kindes beweislose Verdächtigungen wiederholt, so schätzt er das Volk doch offenbar nach dem intellektuellen und moralischen Niveau der Junkerfamilie ein. Bei den allgemeinen Reichstagswahlen wird auch das Volk über Herrn von Bethmann Hollweg sein Urteil fällen, über seine allgemeine Politik sowohl wie über seinen Eingriff in den Moabiter Prozeß und heute kann man sicher sagen: Gewogen und zu leicht gebunden.“

Die Sturmsszenen im Reichstag.

—g. Der fortschrittliche Reichstagsabg. Dr. Wiemer hatte, als er am Sonnabend den Kanzler vor der Erörterung des Moabiter Kriminalprozesses warnte, die richtige Empfindung dafür, daß die öffentliche Belpredung eines noch nicht abgeschlossenen und keineswegs geklärt Prozesses — einen unheilvollen Einfluß auf die Gemüter ausüben müßte. Abg. Wiemer führte in seiner großen Etatsrede bekanntlich aus:

„Wir billigen auch nicht solche Ausfereitungen wie in Moabit, aber ich wundere mich doch etwas, daß gerade der leitende Staatsmann im Augenblick, wo der Prozeß noch nicht abgeschlossen ist, auf ihn öffentlich zu sprechen kommt. (Lebh. Hört! Hört! links.) Der Kanzler sollte sich doch hüten, in einen solchen schwebenden Prozeß eingzugreifen. (Lebh. Zustimmung links.) Ans Abgeordneten ist wiederholt vorgehalten worden: Ihr sollt nicht in schwebende Prozesse eingreifen. Das muß aber ebenso auch für die Regierungen und wie erst für den Reichskanzler gelten! (Lebh. Zustimmung links.)“

Der Verlauf der gestrigen Reichstagsdebatte hat bewiesen, wie berechtigt die Wiemersche Warnung war. Als der Reichstanzler nach einer Rede des süddeutschen Sozialdemokraten Dr. David, der als einer der Gemäßigtesten in seiner Partei gilt, als einer der sozialistischen Abgeordneten, die den Sauerbrunton unbedingt verwerfen, seine dreißigjährige, durchaus sachliche Rede beendet hatte, nahm das Unheil seinen Lauf. Eben hatte Herr Bethmann Hollweg unter kläglichem Weisfalschungen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen den Satz gesprochen:

„Im übrigen ist es ganz gleichgültig, ob die in Moabit Angefallene verurteilt oder freigesprochen werden, die moralische Wichtigkeit der Sozialdemokratie an den Moabiter Vorgängen liegt.“

— als im ganzen Hause ein tosender, ohrenbetäubender Lärm entstand, durch den der Kanzler, der mit diesem Antz auf seinem Platte stand, mehrere Minuten hindurch am Weiterreden gehindert wurde.

Die Weisfalschungen werden — so schildert ein Stimmungsbild der „Süd. Zig.“ die Scene im Parlament — in diesen Augenblick durch ein ganz maßlos wütendes und zorniges Durcheinanderschreien von der Ede der Sozialdemokraten her unterbrochen. Zuerst einige Gesellen, dann die ganze sozialdemokratische Fraktion, dann überhaupt alle Abgeordneten im Hause springen von den Sitzen auf, und in dem ungeheuren Lärm ist die Verhandlung zeitweise unterbrochen. Der gerade amtierende Zweite Vizepräsident Schulz lautet fortgesetzt mit der Glode, aber ohne Erfolg. Die sozialdemokratischen Abgeordneten ballen sich gegen die Mitte des Hauses hin zusammen, immer unter wilden Zurufen gegen den Reichskanzler, der mit unbedeugter Miene ruhig in den tosenden Lärm hinuntersetzt. Die drei Sozialdemokraten Kumerl, Zubeil und Ledebour schleudern ein Schimpfwort nach dem andern zum Bundesratsvorsitzenden hinauf. Auf seinem Platte ist in dem sozialdemokratischen Reil allein noch der greise Abg. Bebel, aber auch er wendet sich, nach seinen Bewegungen zu schließen, mit Gesten und Worten gegen den Kanzler. Kumerl ruf: „Freiheit, Wille!“ Sie haben gelogen! Zubeil ruf: „Unerschämtheit!“ Von der rechten Seite des Hauses erschallen Antworten. Kieseberg (Wirtsch. Bgg.) ruf: „Unerschämte Surfen!“ Wutrufe von der Rechten gegen die Sozialdemokraten.

Vizepräsident Schulz hat während dieser Scene fortwährend die Glode gefaßt und bringt schließlich mit seiner Stimme durch: Wer hat gerufen? Sie haben gelogen.“ Als hat eine Antwort der Lärm von neuem ausbricht, ruf der Vizepräsident: Ich erwarte doch, daß Sie so viel Mut haben... Der Abgeordnete Kumerl ruf: „Das war ich!“

Vizepräsident Schulz: Herr Abgeordneter Kumerl, ich lufe Sie zur Ordnung! In dem tosenden Lärm, der sich fortsetzt, kommt von den sozialdemokratischen Ränken der Ruf: „Freiheit!“ Der Vizepräsident Schulz erhebt auch hierfür einen Ordnungsruf und ruf in den Lärm hinein: Ich bitte mit unter allen Umständen Ruhe aus. Ihr Herr Redner hat zwei Stunden lang ungedört sprechen können und sollte Redefreiheit gehabt. Ich verlange von Ihnen, daß Sie daselbst dem ersten Beamten des Reiches gewähren. (Stürmischer Beifall.) Der Lärm dauert noch eine Weile fort.

Reichstanzler v. Bethmann Hollweg: Demüher befehle ich wenig ein Zweifel, daß es weder durch die öffentliche Kritik, noch durch die Aussagen von Angehörigen über vereinzelte Mitglieder politischer Beamten gegen unzulässige Opfer und auch nicht durch die Zurücknahme, die Sie mir eben an den Kopf geworfen haben, geändert werden kann. (Stürmischer Beifall. Anbänderer Lärm von den Sozialdemokraten. Abg. Ledebour (iq.) ruf: „Vollkommen zweifelslos! Schamlosigkeit!“)

Vizepräsident Schulz: Herr Ledebour, ich lufe Sie wegen des Rufes Schamlosigkeit zur Ordnung.

Die lärmenden Szenen beginnen von neuem, der nächste Redner, der freisinnige Abgeordnete Schrader, wird ausgerufen, kann aber sehr lange nicht zu Worte kommen. In der ersten Gruppe stehen die Abgeordneten im ganzen Hause und werden und die langsam abziehenden Sozialdemokraten langen im Herausgehen nochmals mit den Nationalliberalen einen wilden Lärm an, bei dem der Abg. Richard Fischer (iq.) alle seine Stimmgabeln und sein Temperament entweidet, um Sorn darüber, daß die Nationalliberalen sich im Beifall zu des Kanzlers Schlussworten beteiligt hätten. Endlich tritt wieder Ruhe ein.

Man kann wahrlich nicht sagen, daß durch solche Raubaufen das Ansehen des Parlaments gefördert wird! Solche Zwischenrufe und persönlichen Beschimpfungen sollten in einer parlamentarischen Körperschaft nicht vorkommen! Und die „Genossen“, die mit Vorliebe von „Freiheit“ reden, sollten dann auch dem Reichstanzler die Freiheit der Meinungsäußerung nicht vorenthalten wollen. Schließlich hat der Vertreter der verbündeten Regierungen das selbe Recht, sich zu äußern und seine Stellungnahme zu verteidigen, wie Herr Sebelmann es als ein gutes Recht beansprucht, im Reichstag eine Rede zum Fenster hinauszuhalten. Ueber die Zweckmäßigkeit der Erörterung des „hässlichen Moabits“ braucht man deshalb nicht im geringsten im Unklaren zu sein.

Deutsches Reich.

Der einsame Kanzler.

L. C. Abg. Naumann beschäftigt sich in der neuen Nummer seiner „Hilfe“ mit dem „einsamen Kanzler“ und kennzeichnet sein Wesen in scharfen Strichen wie folgt:

„Die Mittelpunkt seines Innenlebens sind Vernunft und Pflicht. Durch Vernunft und Arbeit bemüht er sich das ihn umdrängende Stoffes, soweit es gelingt, hundert Sachen zugleich zu bemessen, und was er dabei findet, das ist ihm Wahrheit; für die Wahrheit aber einzutreten ist Pflicht. Man kann ihn in diesem Sinne einen Puritaner nennen. Bethmann man ihn aber von dieser seiner inneren Seite her einzurmaßen begreifen, dann erhebt er sich, was er eigentlich an dem Platte soll, an den er gelangt ist; dem dieser Platz fordert Genialität oder ein leichtes, praktisches Talent; beides aber hat er nicht... Er macht er halt und prüft, was er vor sich hat. Dann hört er auf allerlei Stimmen und läßt sich raten und weiß doch, daß die Ratenden auch nichts wissen. Deshalb fehlt ihm die Kraft, den andern ein Führer zu sein. Es gibt niemanden, der blind an ihn glaubt; er verlangt es auch gar nicht; denn er ist selber zu voll von dem Gefühl der gottgegebenen Abhängigkeit, das auch ihn nur zum Organ des unbekannteren Willens macht, den man ahnen, aber nicht wissen kann. Er ist ein Führer im Sinne eines religiösen Vorsetzers, der Disziplin verlangt und durchsetzt, aber nicht Führer in dem höheren Sinne, daß er Menschen nach sich zieht, auch wenn er ihnen keine Weisheit gibt. So ist er arm an Entwürfen und körperlichen Gedanken, und auch seine abergläubigen Reden sind Weisheitsreden, denen man Mühe und Ausmaß anmerkt.“

Naumann faßt die gegenwärtige Lage wie folgt zusammen: „Trotz aller Bethmannreden haben wir ein konventionelles parlamentarisiertes Regiment, nur ohne einen parlamentarischen Minister. Wenn nämlich die Staatssekretäre etwas durchsetzen wollen, gehen sie zur Mehrheit, denn von der hohen Zustimmung des Reichstages können sie nicht leben. Offiziell wird der Parlamentarismus gelehrt, aber unter der Hand wird er geleugert, weil er die einzige mögliche Regierungsform ist. Auf diese Weise macht sich der parteilose Reichskanzler selber zur Dekoration. Er repräsentiert eine Unparteilichkeit, die es nicht gibt.“

Der Reichskanzler und Herr v. Heydebrand.

„In einem offiziellen Berliner Telegramm sagt die „Königliche Zeitung“: Der Abgeordnete David hat heute im Reichstage gesagt, er sei persönlich davon überzeugt, daß die Erklärungen, die der Kanzler am Sonnabend abgegeben, nach vorherigem Einvernehmen mit dem Abgeordneten v. Heydebrand gemacht worden seien. — Diese Annahme kann ich auf Grund von Erörterungen an jüngstiger Stelle als völlig unbegründet bezeichnen.“

Befprechungen des Kanzlers mit Herrn v. Seydewitz über den Inhalt der im Reichstag abgegebenen Erklärungen haben nicht stattgefunden.

Nicht in Preußen!

Am 4. August veröffentlicht die „Vollst.“ einen Zeitungsartikel unter der Überschrift: „Aus aller und neuer Zeit.“ Sie erzählt darin, wie von einer Regierung ein Bild über die Richter an das Reichsgericht vorgelegt, in Berlin aber ein solches Bild nicht mehr als Reichsgericht überreicht werden dürfen. Staatssekretär des Reichsjustizministeriums war damals Dr. Nieberding. Der abgeleitete Richter war der Sohn eines bayerischen Abgeordneten, der am 19. Juli 1870 in der bayerischen Kammer gerufen hatte: „Lieber untergehen, als schmachvoll unter dem Schutze Frankreichs bestehen.“ Er trat lebhaft für den Krieg ein, obgleich sein Ansehen in Landau ein paar Stunden nach der Kriegserklärung von den Franzosen in Mitleid gezogen werden konnte. Der Richter war der damalige Oberlandesgerichtsrat Levi in Kolmar, der später Landgerichtsdirektor und Geheimrat Justizrat in Straßburg wurde. Vorgelegten für das Reichsgericht hatte ihn die Reichsjustizverwaltung durch den Staatssekretär von Koller. Jetzt erhält daselbe Berliner Blatt folgende Mitteilung:

Staubing i. E. 13. Dez. Der Straßburger Landgerichtsdirektor Levi ist zum Senatspräsidenten an Oberlandesgericht in Kolmar ernannt worden. Levi ist der erste Jude, der in die Stellung eines Senatspräsidenten berufen wird.

Er hat der Armee als Offizier, zuletzt als Rittmeister der Kavallerie angehört und ist längere Zeit Staatsanwalt gewesen. Natürlich nicht in Preußen. In Preußen wäre er auch nicht Senatspräsident geworden, weil ja der Berliner Einfluss seine Ernennung zum Reichsgerichtsdirektor verhindert. Preußen in Deutschland voran? Gewiß, aber auf der Bahn der Reaktion.

Das Duell.

Die „Freiwillige Zeitung“ erzählt im Anschluß an eine Erörterung des jetzt erst im Reichstag behandelten „Fall Dammann“ von zwei neuen Duellaffären, die sich in letzter Zeitgetragen haben und bei denen es gleichfalls nicht um Schicksal gekommen ist:

In einer Straßburger Klinik herrschte zwischen zwei Militärs eine gewisse Spannung, die durch die Anwesenheit des einen neuart wurde, da dieser den Kampf nicht einging. Einmal sah sich bei dem Herrn verweisen dem unzufriedenen Kollegen beim Gehen aus dem Operationsaal ein „Kriegs“ zu tun. Der Herr erblickte in diesem bedeutungsvollen „Wort“ eine Beleidigung, forderte den „Beleidiger“ und als er eine Weigerung erhielt, denunzierte er den Herausforderer bei der Militärbehörde. Auf ehrenrührigstem Antrage wurde dieser aus der Reihe der Reserveoffiziere gestrichen.

In Bromberg hat ein Polizeikommissar seinen Vorgesetzten zum Duell herausgefordert. Dieser lehnte die Forderung vernünftigerweise ab und erstattete Anzeige. Und nun kommt das Bescheidene des Vorgesetzten: Das Kriegsgericht verurteilte den Herausforderer zu genau zwei Tagen Haft.

Eine ernstliche Bedeutung kann man solchen Verurteilungen nicht beilegen. Sie sprechen von dem Duell nicht ab, geben eher einen Fingerzeig, wo die Ausdehnung des Duellens herkommt; denn sie enthalten die grundsätzliche Billigung der Duellforderung.

Der „Matin“ und die Reichskanzlerrede.

Paris, 14. Dez. (Privat-Telegr. des Louis Firsiroti-Depeschenbureau.) „Matin“ veröffentlicht über die Rede des deutschen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg einen Leitartikel seines Chefredakteurs Stephan Lausanne, worin dieser erklärt, daß die Kommentare, welche die Rede von Bethmann Hollweg in verschiedenen Blättern hervorgerufen hat, vielfach irrtümlich sind. Die Tatsache, daß Deutschland und Rußland gegenseitig verstanden, Handlungen vorzunehmen, welche eine feindliche Spitze gegeneinander hätten, ändert nichts an den herzlichen Beziehungen Rußlands zu Frankreich. Sie bedeute nur eine weitere Stärkung dieser Beziehungen. Alles, was Rußland günstig ist, könne in Frankreich nur mit Befriedigung aufgenommen werden, und alles Günstige, was Frankreich widerfährt, kann für Rußland nur von Nutzen sein. Die Zweibündnisse haben keinen anderen Zweck, als die Aufrechterhaltung des Friedens.

Minister Richon hat in einer Unterredung mit einem Abgeordneten die Auffassung bestätigt und erklärt, alles, was Rußland günstig mache, könne in Frankreich nicht mißverstanden werden, und das Wohl Frankreichs sei identisch mit dem Wohl Rußlands. Der Zweibund ist in der Vergangenheit durch nichts erschüttert worden und wird auch in Zukunft durch nichts beeinträchtigt werden können. Richon sagt: „Sie können mit gläubigem, Rußland ist mehr denn je entschlossen, den einschlagenden Weg fortzusetzen, den es bei Abschluß des Zweibundes und durch das herzliche Einverständnis mit England gewählt hat. Es hat keineswegs die Absicht, die Bande, welche es mit Frankreich und England verbinden, in irgendeiner Weise zu lockern.“

„Matin“ folgt weiter hinzu; Minister Richon beachtlich in den nächsten Tagen in der Kammer das Wort zu ergreifen, um anfänglich der Beratung des Budgets des Ministeriums des Äußeren die verschiedenen auswärtigen Fragen zu besprechen. Aus dieser Rede wird dann unabweislich hervorgehoben, daß die Kommentare über die Rede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg von gemittelter Seite falsch ausgelegt worden sind.

Von richtigem Gewiß, den Landwirten und dem Herrn Landrat.

L. C. Meitz und rücksichtslos die getrennte Behörde den Landwirten entgegenkommen, davon gibt folgender landwirtschaftliche Zeugnis, der sich in der „Waldener Zeitung“, dem amtlichen Kreisblatt für den Kreis Hallingstedt, findet:

Hallingstedt, den 23. Nov. 1910.

Infolge jährlicher Besuchen von Landwirten über die Ausübung der Maß- und Gewichtskontrollen bringe ich hiermit zu allgemeinem Kenntnis, daß eine Neuordnung des Maß- und Gewichtswesens in Aussicht steht. Bis dahin soll die Revision der Maße und Gewichte bei den Landwirten, die nicht mit Sicherheit als Gewerbetreibende anzusehen sind, möglichst sparsam ausgeübt werden.

Der Landrat, Kottberg.

Die Landwirte haben sich also offenbar darüber besüßert, daß der Maß- und Gewichtskontrollen zu rigoros vorgegangen, d. h. zu peinlich darauf geachtet worden sei, daß Maß und Gewicht in Ordnung seien. Und daraufhin vertritt der Herr Landrat, daß die Revision vorläufig, bis zur in Aussicht stehenden Neuordnung, möglichst schonend ausgeübt werde: das kann doch wohl nichts anderes bedeuten, als daß mindestens ein Auge zugedrückt werden soll, wenn es mit Maß und Gewicht nicht so ganz stimmt. Die Kommentatoren aber, die von den Landwirten etwa Butter kaufen und diese Butter nach dem Gewicht zugemessen erhalten, haben auf solche schonende Rücksichtnahme keinen Anspruch. Würde es sich nicht um Landwirte, sondern um Kaufleute oder Handwerker handeln, so würde vermutlich nicht lange gefadelt und kurzweg konfisziert werden.

Jugendliche und Kinder in Fabriken.

Ueber die Beschäftigung jugendlicher Fabrikarbeiter beiderlei Geschlechts und von Fabrikarbeiterinnen im Jahre 1909 werden in der Statistik des Deutschen Reichs folgende Angaben gemacht:

Im Jahre 1909 wurden in 95304 Fabriken jugendliche männliche und weibliche Arbeiter und in 88889 Anlagen erwachsene Arbeiterinnen beschäftigt. Die Zahl der Jugendlichen betrug 458 068, darunter waren 11542 Kinder unter 14 Jahren, und zwar 6186 Knaben und 5356 Mädchen. Die übrigen Jugendlichen fanden im Alter von 14 bis 16 Jahren, von ihnen waren 299 277 männlichen und 150 203 weiblichen Geschlechts. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der jugendlichen Kinder um 520 gestiegen, die Verminderung entfällt fast ausschließlich auf die Beschäftigung von Knaben, die Zahl der beschäftigten Mädchen hat nur um 9 abgenommen. Bei den jungen Jungen zwischen 14 bis 16 Jahren, deren Zahl gegen das Vorjahr um 440 255 auf 446 540 gestiegen ist, entfällt die Zunahme hauptsächlich auf die jungen Mädchen, von denen 5606 mehr beschäftigt wurden. Von den erwachsenen Arbeiterinnen — 1 190 241 — waren 462 976 unter 21 Jahre alt und 727 265 älter. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die Zahl der erwachsenen wertvollen Arbeiterinnen um rund 40 000 gehoben.

Parlamentarisches.

Materialien zum Kurfürstengesetz.

Berlin, 13. Dez. Die Kommission zur Beratung des Gesetzes gegen Mißstände im Holzgewerbe trat heute zum erstenmal zusammen. Der Zweck der heutigen Sitzung war lediglich die Feststellung des Materials, um das die Regierung ersucht werden soll. Es liegt hierzu eine Reihe von den Vertretern der forstwirtschaftlichen Volkspartei, Dr. Müller-Meinings, Dejer und Dr. Straube und vom Zentrum Abgeordneten Dr. Jägersberger. Die Kommission nahm diese Anträge, soweit sie nicht zurückgegeben wurden, an. Der Reichskanzler wird hierauf ersucht, der Kommission bis zu ihrer nächsten, nach Neujahr stattfindenden Sitzung, soweit möglich bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages, folgende Auskünfte zu erteilen:

1. Eine Uebersicht über die in den letzten zehn Jahren rechtskräftig erfolgten Verurteilungen gegen approbierte Verwalter (Hörste) auf der einen und gegen nicht approbierte Verwalter auf der anderen Seite. Ministerialdirektor Dr. n. Conquereux und der Präsident des Reichsgesellschaftsbum erklären hierzu, daß, soweit statistische Nachweise vorhanden seien, sie vorgelegt werden sollen; in dem gemischten Antrage würde das aber Jahresfrist beanspruchen.
2. Soll eine Uebersicht gegeben werden über die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten in Deutschland resp. in Preußen und den übrigen Bundesstaaten. Für Preußen sind statistische Nachweise vom Jahre 1900 vorhanden.
3. Welche mißlichen Verhältnisse in Deutschland zur Anwendung gelangen, ob Einzelheiten über die Verbreitung dieser Verhältnisse festgestellt worden sind und welche, und ferner auf welche Volksschichten sich die Verbreitung erstreckt. Hierüber wird Material vorgelegt werden.

4. Eine spätere Auskunft wird zugestimmt auf die Fragen, welche Grundzüge bisher bei der Einziehung von Präparaten in die Geschlechtsmittelstelle angewendet worden sind und in wievielen der Fälle von den Ergänzern Einwendungen gegen die Aufnahme ihrer Präparate in die Geschlechtsmittelstelle erfolgt, sowie in wievielen Fällen diese Einwendungen Erfolg gehabt haben. — Alle diese Fragen gehen von Kommissionsmitgliedern der forstwirtschaftlichen Volkspartei aus. Die Anträge des Abg. Dr. Jägersberger betreffen:

5. die Anzahl der in Deutschland praktizierenden homöopathischen Ärzte und ihre Verteilung auf die einzelnen Landesstellen und die Bevölkerungszahl.
6. die Anzahl der approbierten Ärzte, die speziell sich als Vertreter des physikalisch-diätetischen Heilverfahrens bezeichnen und auf ihre Verteilung auf die einzelnen Landesstellen und die Bevölkerungszahl. — Auch hierauf sagte die Regierung das gemischte Material zu.

Reichsversicherungscommission.

)) In der Dienstagsitzung der Reichsversicherungscommission wurden die §§ 182 und 197 im wesentlichen nach den Beschlüssen der ersten Sitzung mit verschiedenen reaktionellen Änderungen angenommen.

„Die Versicherungsberechtigung erstreckt in allen Fällen, wenn das regelmäßige jährliche Einkommen 4000 Mark übersteigt.“

Der Antrag wurde begründet mit dem Hinweis darauf, daß kein Grund vorliege, Personen mit höherem Einkommen dem Gewerke der Wohlthäter der Krankenversicherung zu ermächtigen.

Eine lange Diskussion, die nicht beendet wurde, entstand bei § 198, wo von verschiedenen Seiten gemüthelt wurde, daß die Krankenliste auf alle Fälle erst erben dürfe, wenn tatsächlich 26 Wochen Krankengeld bezogen worden sei, während nach dem bestehenden Gesetz und dem Entwurf in diese 26 Wochen auch die Zeiten eingerechnet wurden, wo der Versicherte in ärztlicher Behandlung, aber nicht arbeitsunfähig ist. Von dem Gegnern der Änderung wurde die erhebliche finanzielle Mehrbelastung der Kassen betont.

Die Reichstagsmandate sind jetzt vollständig besetzt. Die letzte Ergänzung, durch die Bürgermeister Wagner-Lapau gewählt ist, war die 41. seit den Neuwahlen im Januar 1907. Die Fraktionen der Linken des Reichstages sind jetzt in der Stärke ziemlich gleich. Nationalliberale und forstwirtschaftliche Volkspartei zählen je 49 Mitglieder, die Sozialdemokraten 52 Mitglieder. Die

Rechte setzt sich zusammen aus 58 Konservativen, 25 Mitgliedern der Reichspartei, 17 Mitgliedern der Wirtschaftlichen Vereinigung und 2 Mitgliedern der Deutschen Reformpartei. Die Rechten zählen 20 Mitglieder, das Zentrum hat nach Aufnahme des Abg. Frei, Spahn 106 Mitglieder. Keiner Fraktion gehören 18 Mitglieder an.

Die Aufhebung des Zündwarensteuergesetzes wird in einer gestern im Reichstag eingebrachten Interpellation der forstwirtschaftlichen Volkspartei geordert unter Hinweis auf die schweren Mißstände, die sich aus der Besteuerung von Zündwaren für die beteiligte Industrie und Arbeiterkassen wie für die Verbraucher ergeben haben.

Parteinachrichten.

Abg. Bassermann in Hannover.

Der Delegiertentag der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover, der am Sonntag in Hannover tagte, wurde durch die außerordentlich starke Beteiligung seitens der Parteimitglieder und durch die Anwesenheit zahlreicher Reichs- und Landtagsabgeordneter, darunter die Abgeordneten Bassermann und Fuhrmann als Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses der Partei, zu einer gänzlich ungewöhnlichen für die nationalliberale Partei aus. Am Nachmittag 3½ Uhr war die öffentliche Bassermann-Versammlung angelegt. Weit über 3000 Köpfe lauschten mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des nationalliberalen Führers.

Der Reichskanzler habe gestern eine programmatische Rede gehalten, in der er ausführte, daß er nicht der Führer eines neuen Bismarck sein wolle, sondern daß er über den Parteien stehe. Da trete der Wunsch hervor, daß auch die Regierungsorgane, die Verwaltungsbeamten, sich ebenfalls auf diesen Standpunkt stellten, und sich von der Einwirkung auf die Wahlen zugunsten einer Partei fern hielten. (Sehr richtig.) Bei der Stichwahl in Sabins-Walden haben die Landräte ungenügend energisch für die Konservativen geworben, aber es sei ihnen doch nicht gelungen, die konservative Stimmenzahl der Hauptwahl gegenüber zu erhöhen. Die Bekämpfung der mißlichen Verhältnisse, die von den Verwaltungsorganen führen zu lassen. Zu begrüßen sei weiter die Absage des Reichskanzlers gegenüber der Forderung nach Ausnahmemaßnahmen, und der Wunsch, daß er Reichstagsmitglied werde. Die Sozialdemokratie müßte an den Wähler Vorhängen teilnehmen, mochten die systematische Verhinderung der Volkswirtschaft. Wenn der Staat bei solchen Vorgängen von seiner Machtmittel Gebrauch mache, so sei er nicht zu tadeln, sondern zu loben. (Nach dieser Äußerung erschollen aus den Reihen von anwesenden Sozialdemokraten lebhaftes Pfui-Pufi, die indes von dem lärmlichen Beifall der Versammlung überhört wurden.) In seiner Rede fortgesetzt wandte sich Abgeordneter Bassermann dann dem Umfang der Parteien zu, beginnend mit der Sozialdemokratie. Diese werde der Feind sein, den die nationalliberale Partei überall bekämpfe, wo sie ihn treffe. Die nationalliberale Partei stehe streng auf monarchischem Boden; sie wolle eine feste Monarchie, zuerst mit einem festen Volk. (Anstößiger fürstlicher Beifall.) Jetzt habe die Partei auf den Boden der Freiheit und der Demokratie gewechselt. (Lobender Beifall.) Die Sozialdemokraten sollten an ihren französischen und englischen Genossen Nationalgenossen lernen. Die Sozialdemokratie sei eine Klassenpartei, die gegen die nationalliberale Partei auf dem Boden des Ausgleichs. In der Provinz Hannover sei der nationalliberale Partei ein heftiger Kampf mit dem Bunde der Landwirte und den Konservativen befohlen. Die Entwidlung, die der Bund der Landwirte genommen habe, sei keine gesunde. Die Konservativen müßten erkennen, daß die Aufrechterhaltung mancher Klassenprivilegien auf die Dauer nicht ausdauernd sei; ein Blick auf England müsse sie belehren; dort sei die konservativ Partei gezwungen worden, den Liberalen weitgehende Konzessionen zu machen. Angesichts der schwierigen Parteiverhältnisse sollte tunlichst eine Verständigung zwischen den liberalen Parteien erfolgen.

Der „Vorwärts“ teilt in seiner Nr. 290 vom 11. d. Mts. mit, daß dem aus seinem Amte scheidenden Generalleiter des Zentralverbandes deutscher Industrieller Herrn Bued ein „Ehrengehalt“ von vorläufig 700 000 Mark gemacht worden sei, das jedoch wahrscheinlich die Höhe von drei und einer halben Millionen Mark erreichen werde. Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu, daß die Vertretung der Interessen des Zentralverbandes sich, sowohl in rechtlicher Hinsicht als auch in der Sache, nicht als gleichberechtigt erweisen konnten, und daß der Zentralverband sich, erklärt, er werde hiermit ausdrücklich, daß der vorläufig von den Mitgliedern des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Höhe von 700 000 Mark angelegte Fonds lediglich zu bürgerlichen Zwecken des Zentralverbandes bestimmt ist und zur Ehrung des scheidenden Generalleiters die Bezeichnung „Bued-Spende“ erhalten hat. Demgemäß hat Herr Bued in seiner Rede irgendwelchen Anteil an diesem Fonds oder persönliche Vorteile davon.

Berlin, den 13. Dezember 1910.

Zentralverband deutscher Industrieller.

Dr. Schweighöffer,

Regierungsrat a. D.

Kleine vermischte Nachrichten.

Bischof Korum in Trier fordert durch den höchsten Amtsanzeiger sämtliche Geistliche seiner Diözese, auch die Pfarrer, die Priesterseminare, auf, nächsten Montag in dem Dom den Antimodernismus zu leisten. — In einer zahlreich besuchten Versammlung der Konfessionslosen und -bezüglichen, wie ein Telegramm aus Köln meldet, gleichzeitig in Köln, Düsseldorf, Elberfeld, Gelsenkirchen und Steele in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Schmelzer verlangen einen Lohn- und Arbeitstafel in den Maßgebungen. Ein Tarifentwurf wurde durchgetragen, der den Gehaltssteigern von einer Lohnkommission vorgelegt werden soll. Die Forderungen sollen energisch durchgekehrt werden.

Ehrengehalt für Kriegsveteranen. In der Stadterordnetenversammlung vom Dienstag ließ, wie uns ein Privattelegramm aus Frankfurt a. M. meldet, Herr Magister mitteilen, daß er beschließen habe, den 71. Jahrestag der Einberufung zum Kriegsjahre 1864, 1866, 1870 und 1871, sowie die Entlassung von 25 Mark zu bewilligen. Ein Betrag von 25 Mark soll diesen Veteranen nach der Weisung der Stadtverwaltung zu diesem Zweck werden, von der Stadterordnetenversammlung 22 000 Mark genehmigt.

Ausland.

Die brasilianischen Meutereien.

Die brasilianische Regierung hat, wie sich jetzt herausstellt, die im November meuternden Geleute nicht sänftigt und nicht völlig begnadigt. Ueber die Art der Bestrafung berichtet das nachfolgende Telegramm:

Paris, 14. Dez. Nach einem bei der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft eingegangenen Telegramm aus Rio de Janeiro sind heute 110 Mann der Besatzung des Panzerkreuzers „Sao Paulo“, die am 22. November gemeutert hatten und dann begnadigt, aber vom Marinendienst ausgeschlossen worden waren, nach dem Fort Ville-gagnon übergeführt worden. Alle anderen Meuterer vom selben Tage werden aus den Listen der Flotte gestrichen werden. Die Mannschaft des Seebataillons, die vorgeführt gemeutert hatte, wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Die Besatzungen der Kreuzer „Minas Geraes“, „Dobro“, und „Bahia“ sind ebenfalls nach dem Fort Villegagnon gebracht worden und werden, ebenso wie die des „Sao Paulo“, durch neue Mannschaften ersetzt werden. Ueberall herrscht Ruhe.

Der brasilianische Gesandte in Berlin ermahnte das „Berliner Tageblatt“ zur Befestigung der amtlichen Befehlsbefugnisse, die getrennt in Rio de Janeiro ergingen. Das Ministerium des Wehrwesens teilte folgendes mit: Am Montag, den 12. Dezember, hat die Deputiertenkammer, mit Einschluß der Opposition, einstimmig die Verhängung des Belagerungszustandes über Rio de Janeiro auf die Dauer von 30 Tagen verhängt. Die Kammer hat ferner die Budgets des Ministeriums des Wehrwesens sowie des Marineministeriums angenommen. Von dem Dreadsought „Sao Paulo“ wurden zehn Matrosen, die an der Meuterei teilgenommen hatten und amnestiert worden sind, ans Land gebracht und nach der Festung Villegagnon überführt. Von dort aus wurden sie in ihre Heimatsbezirke abgeführt. Gleichzeitig wurde ihre Auslösung aus der Marine verfügt.

Zum Kabinettswechsel in Oesterreich.

Wien, 14. Dez. Im Stande der Ministerkrise ist eine Veränderung bisher nicht eingetreten. An unrichtigster Stelle verläutet, daß, wenn es gelingt, den deutsch-slovenischen Ausgleich zu bringen, der frühere Ministerpräsident Baron Wieners zur Bildung eines parlamentarischen Kabinetts freier werden. Im entgegengesetzten Falle wird Mitte Januar ein Kabinettswechsel die Geschäfte übernehmen.

Zur österreichischen Ministerkrise wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: An leitender Stelle ist Baron Wieners nach wie vor persona grata, und auch der Thronfolger ist entschieden für Wieners. Er hat sogar, wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ aus guter Quelle erfährt, in Hannover beim Empfang eines ihn über die Wiener Vorgänge unterstehenden Telegramms zu seinen Jagdgästen geführt, er mühe nach Wien fahren, um Wieners zu halten. Die Neubildung des Kabinetts wird nicht vor Neujahr erwartet.

Die Unzulänglichkeit der französischen Staatsbahn.

Aus Paris wird gemeldet: In der Sitzung des Senats tadelte Jenuovrier den mangelhaften Betrieb der Staatseisenbahnen, der durch die Unverantwortlichkeit der Verwaltung hervorgerufen worden sei. Auf den Kais von Haare blieben 200 000 Ballen Baumwolle liegen. Die Schiffsfahrtsgeellschaften liehen ihre Schiffe vielen Häfen gar nicht mehr anlaufen, weil sie dort ihre Ladung nicht los würden. Hamburg, Bremen und Antwerpen gäßen aus dieser Lage Nutzen. In Rouen verlaufen Tausende von Tonnen Getreides, weil es an Beförderungsmitteln fehle. Melme schloß

sich den Ausführungen Jenuovriers an. Der Bedarf Frankreichs an Baumwolle gehe jetzt über Bremen.

Die englischen Wahlen.

Aus London wird gemeldet: Von den heilungsmitteln Wahlbüsten in den Grafschaften Suffolk, Cambridge, Kent und Devonshire wurde Keowarlet von den Liberalen wiederbezogen. Der Wahlkreis Mittel-Torone in Irland wurde den Tories von der Nationallisten entzogen, dagegen legten die Tories in Torquay, das vor 1907 Tories war, und in Bodmin (in Cornwall), wo bei den Januarwahlen der Liberalen nur mit ein paar Stimmen durchgebrungen war. In Dartmouth, wo Minister Churchill und Balfour gegen einander für ihre Kandidaten kämpften, ist die Wahl noch nicht entschieden.

Ueber die Wahlvorgänge wird telegraphisch gemeldet: London, 14. Dez. Bis gestern Abend 11 Uhr waren aus 536 Wahlbezirken die Resultate bekannt. Gemäßt waren: 240 Unionisten, 193 Liberale, 36 Vertreter der Arbeiterpartei, 59 Nationalisten, und 8 Anhänger O'Briens. Die Unionisten gemannen 23, die Liberalen 19, die Vertreter der Arbeiterpartei 4, die Nationalisten 3, die Anhänger O'Briens 1 Sitz.

Streik der Kohlenverarbeiter.

Barcelona, 14. Dez. Die Kohlenverarbeiter sind gestern behufs Unterflüchtung der ausführenden Elektricitätsarbeiter in den Streik getreten. Drei Dampfer konnten gestern wegen mangelnder Kohlenaufnahme den Hafen nicht verlassen. Die Behörden in beschnitten sich mit der Frage, den Dienst der Kohlenverarbeiter durch Militär versehen zu lassen, um weitere Zwischenfälle zu vermeiden.

Kleine Caarsnachrichten.

Oesterreichisches Abgeordnetenhaus. Das österreichische Abgeordnetenhaus beendete in der letzten Sitzung die erste Lesung der Bankvorlage, die dem Ausschusse zugewiesen wurde und erließ die Dringlichkeitsanträge über die Lage der Postoffizianten.

Steuer auf künstliche Feuerzeuge. Aus Paris wird gemeldet: Die Regierung beabsichtigt, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Herstellung und des Verkaufs künstlicher Feuerzeuge und ähnlicher Apparate einzubringen. Diese sollen mit mindestens 2/3 Franks das Stück besteuert werden.

Armenenüberfall. Aus Saloniki wird berichtet: Eine Militärabteilung wurde auf der Straße nach Mits (Mitsis Soutari) von Armenen überfallen. Drei Mann wurden tödlich, drei schwer verwundet. Die Soldaten verjagten die Armenen, die sechs Mann verloren.

Kunst und Wissenschaft.

Differenzen zwischen Studenten und Professoren. Hannover, 14. Dez. An der Technischen Hochschule ist ein Streik zwischen Studenten und Lehrkörper ausgebrochen. Professor Barthausen hat sein Amt niedergelegt, weil seine freihandliche Lehrmethode Widerstand bei seinen Schülern fand. Die Studenten treten für den beliebigen Lehrer ein.

Hochschulnachrichten.

Die Wissenschaftliche Gesellschaft in Aachen hat Professor der klassischen Philologie an der Universität Leipzig, Dr. Edgar Martini, zum Ehrenmitglied erwählt. — Dr. phil. Emil Silbernagel ist vom 1. November 1910 ab zum Auslos der Sternwarte in München ernannt worden. — Für Nationalökonomie habilitierte sich in Berlin Dr. oec. publ. Adolf Günther. — In London ist der Historiker Dr. Emil Reich gestorben. — Der Internist Geh. Sanitätsrat Prof. Dr. Leopold Reich, Privatdozent an der Berliner Universität, feiert am 15. d. M. seinen 70. Geburtstag. —

Wie wir hören, ist der mit dem Titel und Rang eines a. o. Prof. beehrte Privatdozent an der Münchener Universität Dr. Otto Krummholz als Privatdozent für Physiologie an der Universität Münster aufgenommen und zum Assistenten an physiologisches Institut ernannt worden. — Der bekannte Nationalökonom, Geheimrat Prof. Dr. Gustav Cohn in Göttingen, feierte Montag seinen 70. Geburtstag.

Chronik.

Die Internationale Vereinigung für Krebsforschung beschloß unter dem Vorsitz von Erzellings Professor Dr. Czerny-Heidelberg, anlässlich der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911 eine Mitglieder-Versammlung und eine Vorkonferenz abzuhalten.

Eine Erklärung Cooks. Der gegenwärtig infolge in London lebende Dr. Cook erklärt zu der jüngst aus New York getadelten Werbung, daß er in Samptons Magazine keine Werbung, sondern nur Redaktionen zu haben, widerlegt habe, folgende Erklärung: „Ich habe keinerlei Geschäft mit dem Magazine, noch habe ich in irgend einer Zukunft beabsichtigt, das zu verlassen. Auch ist niemand von mir zu einer ähnlichen Erklärung ermächtigt worden. Im Januar wird jedoch in Samptons Magazine gleichzeitig mit mehreren anderen Zeitschriften der Welt eine kurze Darlegung aus meiner Feder erscheinen. Frederick A. Cook.“

Die Sternwarte Dschajpur. Am 14. Dezember wird der deutsche Kronprinz auf seiner Ostasienfahrt in Bombay einreisen und nach kurzem Aufenthalt nordwärts weiterfahren. Es ist in dem Programm vorgesehen, daß er auch Dschajpur besucht, die Hauptstadt von Madhya-Pradesh, einer der bedeutendsten unter englischen Sühn stehenden indischen Staaten. Der Zufall hat es gewollt, daß gerade um diese Zeit im Verlage von Dietrich Reimer (Ernst Bechler) ein Buch erscheint, das sich mit einer der hauptsächlichsten Sternwarten, die aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts stammt und das Ziel aller Touristen ist, welche Dschajpur besuchen. Eröffnet wurde sie im 1730 von dem Maharadscha Dschajpura II., der ein Mann von genialer Begabung war und sich durch seine fortschrittliche Gestaltung und seinen wissenschaftlichen Eifer vor allen indischen Fürsten auszeichnete. Doch geben die englischen Reisenden nur ungenügenden Aufschluß über die Geschichte und den Zweck der in der entfallenen wissenschaftlichen Instrumente.

Ein Deutscher, Severin Kottz E. J., der seit 25 Jahren in Indien lebte, hat es unternommen, unter dem Titel „Land und Volk des königlichen Astronomen Dschajpura II. Maharadscha von Dschajpur“, eine vollständige Monographie dieses interessanten Bauwerkes zu schreiben. Mit einer historisch-geographischen Darstellung des Landes Dschajpur und seiner Bewohner beginnend, erzählt er die Lebensgeschichte des fürstlichen Astronomen Dschajpura; Johann gibt er einen Ueberblick über die astronomischen Kenntnisse der Indier seit dem fünften Jahrhundert unserer Zeitrechnung, bespricht die Instrumente und Bauweisen der Sternwarte und bespricht die astronomischen Arbeiten des gelehrten Maharadscha. Vorzüglich die photographischen Aufnahmen von persöhnlichen die eigenartig Schrift, die dem deutschen Leser zum Teil völlig neue Anschauungen vermittelt und gerade in diesem Augenblick, wo aller Augen die Reflektoren aller Kronprinzen verfolgen, besonders Interesse erregen dürfte.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel, Eugen Vinckmann; für Ausland und Besondere Nachrichten: Karl Reimer; für Kunst, Vermischtes usw.: Martin Reuchmayer; für den Internetenial: H. Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 16 Seiten. —

Tee-Schmid's Tee

Ceylon
Tee Wedda

Cacao Soma

Chokolade
Soma Milchbrunnen

Praktische und beliebte

Festgeschenke für Herren.

<h3>Krawatten.</h3> <p>Diplomaten, moderne Formen 2.25 bis 28 Pf. Raffines, Seide, eleg. Formen 2.00 bis 35 Pf. Einfarbige Krawatten, n. Formen 3.00 bis 45 Pf. Diplomaten-Bänder, Neuheiten 2.25 bis 23 Pf. Selbstbinder, breite Formen 3.50 bis 45 Pf.</p>	<h3>Kragenschoner.</h3> <p>Wels, gestriekt 58 bis 28 Pf. Wels, Halbselbe 85 bis 45 Pf. Wels, mit Kante 1.85 bis 75 Pf. Kunstselbe, weiss und farbig 4.00 bis 1.35 Bunt gestriekt, eleg. Neuheiten 1.65 bis 48 Pf.</p>	<h3>Hosenträger.</h3> <p>Träger mit Hanstruppe 1.15 bis 60 Pf. Träger mit Lederstruppe 95 bis 50 Pf. Träger mit Hanstruppe, pr. Qual. 1.05 bis 1.25 Träger mit Hanstruppe, eleg. Ausst. 3.00 bis 2.25 Träger mit Sehanstruppe 1.75 bis 1.28</p>	<h3>Handschuhe.</h3> <p>Trikot, schwarz u. farbig Paar 75 48 Pf. Wolle, gestriekt, we. u. farb. Paar. 1.50 1.25 95 Pf. Wildleder, Paar 2.25 initiiert Paar 1.40 Trikot, gefüttert i. all. Farben Paar 1.00 75 Pf. Glacé, schwarz, weiss u. farb. Paar 1.25 bis 1.50</p>
<h3>Kragen.</h3> <p>Stehkragen, 6cm hoch, Fr. Qual., 4fach 60 43 28 Pf. Stehkragen, 7cm hoch, Fr. Qual., 4fach 75 60 42 Pf. Steh-Unterkragen, Fr. Q., 5, 7, 7cm h. 75 60 38 Pf. Steh-Umlegkragen, n. Form, 3/4, cm h. 65 52 Pf. Stehkragen m. Eckee, n. Fass., 6, 7cm h. 60 50 Pf.</p>	<h3>Manschetten.</h3> <p>Abgerundete Form, 1 Knopf 60 35 28 Pf. Eckige Passend, 2 Knöpfe 75 60 55 Pf. Abgerundete Form, prima Qual. 90 75 65 Pf. Eckige Form, prima Qual. 95 80 65 Pf. Farbig, neueste Streifen 70 Pf.</p>	<h3>Serviteurs.</h3> <p>Glatt, prima Qualität 72 55 35 30 Pf. Falten, prima Qualität 105 95 75 60 48 Pf. Seidstoff, prima Qualität 1.25 85 60 Pf. Plüsch, prima Qualität 1.35 98 Pf. Farbig, neueste Dessins 85 75 48 Pf.</p>	<h3>Normalwäsche.</h3> <p>Normal-Hemden 2.10 bis 1.00 Normal-Hemden in 4.25 bis 2.40 Normal-Jacken, 1.85 bis 75 Pf. Normal-Jacken in 2.80 bis 2.00 Normal-Beinkleider 4.25 bis 70 Pf.</p>
<h3>Oberhemden.</h3> <p>Farbiges Oberhemd, neueste Must. 4.00 3.50 2.85 Farbiges Oberhemd, prima Qual. 3.50 4.50 4.50 Weisses Oberhemd, gestriekt Einsteck 4.30 3.90 3.25 Weisses Oberhemd, glatt u. Falten 4.00 3.75 Weisses Oberhemd, Piqué-Einsteck 6.00 5.50 3.25</p>	<h3>Herren-Westen.</h3> <p>Wels Piqué 3.25 2.75 2.25 Wels aus gem. Stoffen 7.00 5.00 4.25 Farbig, grau und mod. gem. 7.50 5.50 4.85 Farbig, dunkel gemustert 6.00 4.50 2.50 Farbig Plüsch, prima Qual. 8.00 6.00 4.50</p>	<h3>Farbige Garnituren.</h3> <p>Perkal, neueste Streifen, Qual. I 85 Pf. Perkal, neueste Streifen, Qual. II 85 Pf. 1.15 Perkal, neueste Streifen, Qual. III 1.50 Perkal, neueste Streifen, Qual. IV 1.50 Zephyr, mit Seidenstreifen</p>	<h3>Regenschirme.</h3> <p>Tafel, imit. mit Naturgriff 1.20 Gloria, gute Qual., mod. Griffe 4.25 bis 2.35 Satin de Chine, sehr haltbar 9.75 bis 5.25 Roule Seide, elegante Griffe 17.00 bis 3.90 Stochschirm m. Led.-o. Cellul.-Fut. 10.75 bis 4.75</p>

J. LEWIN

Geschäftshaus

Pelz-Mützen u. -Kragen

in div. Pelzarten und Fassons
zu enorm billigen Preisen.

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.



